



Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr zu gering

Die Preise für den öffentlichen Verkehr sollen gemäss heutiger Medienmitteilung des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) per Dezember 2011 um durchschnittlich 1,5 Prozent erhöht werden. Damit sollen die aufgrund von Angebotsverbesserungen steigenden Kosten gedeckt werden. Eine stärkere Kostenbeteiligung der Nutzer erachtet economiessuisse als richtig. Die Preiserhöhungen fallen jedoch zu gering aus.

Wie hoch die heute kommunizierten Preiserhöhungen letztlich ausfallen werden, ist noch nicht klar. Während der nächsten 30 Tage führt der VöV die Gesamtabstimmung bei den an den Tarifen beteiligten Transportunternehmen durch. Zudem kann der Preisüberwacher beantragen, dass auf die Tarifierhöhung ganz oder teilweise zu verzichten ist.

Die höhere Beteiligung der Nutzer ist ein richtiger Zwischenschritt. Verursacher müssen im öffentlichen Verkehr deutlich stärker an den Kosten partizipieren. Die kontinuierlich ausgebauten Leistungen gingen bis anhin zu wenig mit Preiserhöhungen einher. Die letzte Tarifierhöhung vor jener Ende 2010 lag drei Jahre zurück. Das Streckennetz des ÖV wurde in den letzten Jahren aber deutlich länger, das Rollmaterial besser und die Reisezeiten kürzer. Eine Preiserhöhung um durchschnittlich 1,5 Prozent erscheint in Anbetracht einer prognostizierten Teuerung für 2011 von knapp 1 Prozent und des Eigenfinanzierungsgrades des ÖV von weniger als 50 Prozent aber als zu gering. Konsequenterweise müsste die Nutzerfinanzierung weiter erhöht und gleichzeitig die Querfinanzierung zwischen Strasse und Schiene reduziert werden. Damit würden die verzerrten Anreize für ÖV-Benutzer aus volkswirtschaftlicher Sicht korrigiert.